

Selahattin Demirtas

In der Türkei treibt Präsident Erdogan mit repressiven Maßnahmen den politischen Gegenputsch voran, mit dem er auf den gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli reagiert. Nachdem das Militär, die Justiz, die Verwaltung, die Universitäten und die Medien von angeblichen Mitgliedern einer „Gülenistischen Terrorgruppe“ gesäubert wurden, sind nun die Kurden an der Reihe. Die Demokratische Partei der Völker (HDP), die von einem Großteil der kurdischen, aber auch von vielen linken Wählern unterstützt wird, war dem Erdogan-Regime schon vor dem Putsch ein Dorn im Auge. Durch ihren Einzug in die „Große Nationalversammlung“ 2015 verhinderte die HDP eine Zweidrittelmehrheit der AKP und den Umbau der Türkei zu einem autoritären Präsidialsystem. Seitdem versucht das Regime die HDP-Stimmen zu neutra-

gestern in LMD heute in den Nachrichten

lisieren. Erster Schritt war im Mai eine „zeitweilige“ Verfassungsänderung, mit der die Immunität von Abgeordneten rückwirkend aufgehoben wurde. Am 4. November wurden zehn Mitglieder der HDP-Fraktion verhaftet, darunter die beiden Parteivorsitzenden Figen Yüsekadag und Selahattin Demirtas, der zugleich Vorsitzender der HDP-Parlamentsfraktion ist. In *Le Monde diplomatique* vom Juli 2016 haben wir einen Beitrag von Demirtas veröffentlicht, in dem er Erdogans Pläne, „die HDP aus dem Parlament und dem gesamten politischen Leben des Landes zu verbannen“, anprangert. „Wir waren die Zukunft der Türkei“ stand als Titel über diesem prophetischen Text, der sich leider voll bestätigt hat.

Wahlen in den USA

Das Wahlsystem der USA gilt als veraltet und undemokratisch. Wie die gigantischen Kampagnen der Präsidentschaftskandidaten finanziert werden, ist seit Langem umstritten; entsprechende Gesetze werden umgangen und sind ohnehin unzulänglich. Im Juli 2016 untersuchte Anne Deysine für *Le Monde diplomatique* das Zusammenspiel von Geld und politischer Macht („Die US-Justiz, das große Geld und der Wahlkampf“). Wie wenig repräsentativ die Wahlen sind, verdeutlichte auch der US-Journalist Brentin Mock in *Le Monde diplomatique* vom Oktober 2014 unter dem Titel: „Wählen in den USA. Wie man gewinnt, obwohl man keine Mehrheit hat“. Der Autor zeigt, wie im Interesse der jeweils dominierenden Partei gezielt Wahlkreise verschoben und Mehrheiten zu Minderheiten gemacht werden.

Diese und alle anderen Beiträge seit 2003 im LMD-Archiv unter: monde-diplomatique.de

Gammler, Yuppies, Stuhlkissen

von Katharina Döbler

Als ich im Jahr des Aufstands 1968 in die höhere Schule kam, waren Jeans auf dem Schulgelände verboten und Hosen nicht gern gesehen. Röcke durften nur wenig kürzer sein als knielang. Es war ein Mädchengymnasium, in Bayern waren die allermeisten weiterführenden Schulen nach Geschlechtern getrennt. Bei der Abiturfeier forderte der Direktor die Schülerinnen auf, die knappen Studienplätze den Männern zu überlassen, die schließlich das Geld verdienen müssten. In Kürze würden sie, die Abiturientinnen, ja Kinder bekommen, wozu also der Aufwand.

Auf der Straße brüllten derzeit Studenten und auch – obwohl in der Öffentlichkeit so wenig präsent wie im Weltbild meines Schuldirektors – Studentinnen. Diese Randalierer gesellten sich zu anderen Schreckgestalten, die den drohenden Untergang verkörperten: die Italiener („Gastarbeiter“) und die Gammler.

Früher habe es so etwas nicht gegeben, sagte die Geschichtslehrerin. Und sie fügte hinzu: Später einmal, wenn ihr euren Kindern erzählt, dass sich in München auf der Leopoldstraße viele Gammler herumgetrieben haben, werden sie sagen: Gammler, wieso, sind wir doch alle. Oder sie werden sagen: Gammler, was ist das?

Ich hielt damals beides für vollkommen unmöglich.

Die Lehrerin, die in der Nazizeit zur Schule gegangen war, hatte sich gewiss im Alter ihrer Schülerinnen den Phänotyp des Gammlers auch nicht entfernt vorstellen können: So etwas, darauf wurde auch 1968 und später auf der Straße oft und gern hingewiesen, wäre unter Hitler vergast worden.

Da meine Geschichtslehrerin recht behalten hat, kurz zur Erläuterung: Gammler waren Männer mit langen Haaren, die abgerissene, meistens bunte Kleider und viele Kettchen und Ringe trugen. Sie rauchten Joints und galten als ungepflegt, faul und kriminell. Sie trugen afghanische Lammfellmäntel, auch im Sommer. Ich kann mich übrigens nicht erinnern, je das Wort Gammlerin gehört zu haben.

Gammler übten, je älter wir wurden, desto mehr Faszination auf uns aus: Sie waren die ersten Aussteiger, die sich mit einem gewissen Selbstbewusstsein kollektiv auf der Straße zeigten. Die meisten behaupteten, sich aus bürgerlichen Zwängen befreien zu wollen.

Uns dürstete nach Freiheit.

1968 gab es nicht nur Kleidervorschriften, sondern auch den Kuppeleiparagrafen 180, der die Begünstigung von Geschlechtsverkehr unter Minderjährigen (etwa durch die Eltern) unter

Strafe stellte; und den Paragrafen 175, der Schwule zu Straftätern machte.

Im Übrigen hielten wir das damals im Vergleich zu heute lächerlich bescheidene Warenangebot in den Kaufhäusern für Konsumterror, von dem wir uns ebenfalls zu befreien wünschten.

In der Schule lernten wir lateinische Sinnsprüche: Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen. Eine Binsenweisheit.

Für uns Schülerinnen war es aber eine Verheißung: The times they are a changin'. Es konnte einfach nicht bleiben, wie es war: so eng, so unfrei, so grau. Und es blieb auch nicht so: Die Sexparagrafen fielen. Die Lehrer begannen mit uns zu diskutieren, und in der Fußgängerzone stritten die Leute über die Ostpolitik. Es wurde geredet. Es gab die Pille. Die Lehrerinnen trugen bereits Hosen, allerdings noch keine Jeans.

Auch wenn damals niemand damit gerechnet hätte, dass Bob Dylan den Literaturnobelpreis bekommen würde – die Weltrevolution war wahrscheinlicher als das –, so war doch klar, dass alles besser wurde: offener, toleranter, freier.

Freiheit war der zentrale Begriff der 1970er Jahre. Freiheit war das Motto, unter dem ich erwachsen wurde. Nichts auf der Welt war erstrebenswerter, als frei zu sein: frei von Knechtschaft, Gewaltherrschaft und Zwang, aber auch frei von Angst und Vorurteilen und Konventionen. Freiheit und Fortschritt, das war dasselbe. Sogar die CSU führte einen Wahlkampf unter dem Schlagwort Freiheit – freilich in der ihr eigenen ideologischen Sparte: Freiheit statt Sozialismus.

Die Zeiten ändern sich. Die Vokabel Freiheit hat derzeit keine Konjunktur, als sei die Freiheit etwas, das wir schon hätten. Oder das uns nicht interessierte. Wir, die westlichen Europäer, haben



Berlin 1982 PAUL GLASER

andere Sorgen: Gerechtigkeit. Sicherheit. Das Klima.

Freiheit ist fast schon ein verdächtiger Begriff geworden: Einer der ironischen Apologeten des Wesentlichen, der Schriftsteller Christian Kracht, lässt seine Protagonisten gern ihr Heil in der Unterordnung finden. Und da ist er nicht der Einzige. Nichts könnte weiter entfernt sein von der allgemeinen Aufbruchstimmung der 1970er Jahre, die eine egalitäre, offene Gesellschaft verhiess.

Die Zeiten ändern sich. Im Lauf des Lebens wird die Binsenweisheit zur sehr persönlichen Erkenntnis. Im Lauf des eigenen Lebens nämlich verändern sich die vertrauten Muster der

„ Uns dürstete nach Freiheit “

sozialen Landschaft: Sie verschieben sich, langsam und kaum merklich, aber in großem Stil. So, als gleite man inmitten einer gigantischen Lawine abwärts, ohne es zu merken, denn alles gleitet mit. Irgendwann merkt man, dass die vertrauten Landmarken fern gerückt sind. Und irgendwann sind sie nicht mehr sichtbar.

Wir sind durch die 1970er gegliedert, mit ihrem Extremismus einer selbst ernannten Avantgarde und dem wütenden Kampf dagegen; durch die 1980er mit der ziellosen Revolte Punk, die schlagartig und irgendwie folgerichtig vom ebenso ziellosen Aufstieg des Yuppieums abgelöst wurde. Yuppies: auch so eine historische Spezies. Im Gegensatz zu den Gammlern ist sie nicht verschwunden, sondern den anderen von meiner Geschichtslehrerin prognostizierten Weg gegangen: Yuppies sind jetzt eigentlich alle. Damals trugen sie rote Hosenträger und schicke Anzüge oder Kostüme, schaffelten Geld, gingen in edle Restaurants, nahmen teure Drogen und kauften Designersachen. Sie verkörperten in jeder Hinsicht das Gegenbild des Gammlers. Sie verkörperten – nach Maggie Thatcher und Ronald Reagan – die neue Art Freiheit: die Freiheit des Erwerbs und des Konsums, diese große Beliebigkeit ohne sozialen und emotionalen Nährwert.

Wir steckten in der Lawine und merkten es zunächst nicht. Wir merkten vielleicht, dass die Hosen nicht mehr weit und bunt, selbst genäht und unten mit Glöckchen versehen waren, sondern dunkel, teuer und tütenförmig, mit großen Taschen. Der eigene Blick verschob sich mit der allgemeinen Perspektive. Ideale wurden peinlich. Das geschah schon vor dem Mauerfall. Aber als die Bürgerbewegungen

im europäischen Osten, angetrieben vom Wunsch nach Freiheit, zu Massenbewegungen wurden, in denen Emanzipation und Konsum miteinander verschmolzen, verschoben sich auch im Westen die Gewichte noch mehr.

Alte 68er bereuten öffentlich ihren einstigen Glauben an den Sozialismus und schrieben, wie Jörg Friedrich, reaktionäre Bücher. Dabei hatte die Mehrheit der Linken im Westen ihre politische Utopie nie im Ostblock unter den Regimes sadistischer Oberlehrer oder offener Diktatoren verortet – dafür waren die alten Freiheitsideale dann doch zu wirksam.

Die Veränderung der politischen Landkarte nach 1989 ist unter vielen – wirtschaftlichen, ideologischen, geopolitischen, sozialen – Aspekten analysiert worden.

Was die Freiheit betrifft – das Schlagwort Freiheit –, gab es eine wesentliche Verschiebung. Freiheit wurde vom sozialen und politischen, auch utopischen, endgültig zum wirtschaftlichen Begriff. Damals, als ich mittendrin steckte, verspürte ich ein gewisses Unbehagen am Triumph des Konsumismus; aber die Leute aus dem Osten hatten ja etwas nachzuholen, es war ihnen also zu gönnen.

Ich stellte fest, dass Menschen, die nicht gerade gammelten, aber doch ein gewisses Aussteigertum für sich beanspruchten, immer weniger wurden. In der Zeitung *Die Welt* konnte ich im Jahr 2003 lesen, wie eine ehemalige Linke sich stolz zum Besitz von Stuhlkissen – als Chiffre einer bürgerlichen Existenz – bekannte.

Wo Freiheit draufstand, steckte irgendwann nur noch mittelständische Finanzkraft drin. Niemand musste die jungen Frauen mehr ermahnen, gegenüber den Männern zurückzustecken. Die Rollenverteilung in der bürgerlichen Familie begann sich nach wirtschaftlichen Motiven auszurichten: Wer mehr verdient, geht arbeiten, der andere (ja, zunehmend auch „der“, nicht nur „die“) macht Haushalt und Kinder. Statussymbole wurden wieder wichtiger. Kirchenzugehörigkeit wurde zum Distinktionsmerkmal, das gegen die Kirchensteuer abgewogen wird.

All diese Veränderungen werden nirgendwo groß plakatiert, sie geschehen eben. Und man bemerkt sie kaum.

Egalitarismus als gesellschaftliches Ideal ist verschwunden ebenso wie die Vorstellung von einer Freiheit, die nichts damit zu tun hat, was man sich leisten kann: Landmarken, die im allmählichen Gleiten der Lawine irgendwann unter dem Horizont geblieben sind.



© Le Monde diplomatique, Berlin

In dieser Ausgabe | 11

3 Der Dritte Kolonialismus

von Wladislaw Inosemzew und Alexander Lebedew

4 Bomben auf die Zukunft

Russland erhöht den Einsatz im Kampf um Syrien
von Jacques Lévesque

6 Kolumbiens Nein zum Frieden

von Gregory Wilpert

7 Gespräche mit kriegsmüden Farc-Rebellen

von Stefan Krauth

9 Haiti – Freihandel statt Hilfe

von Frédéric Thomas

10 Das große Uran-Komplott

Der französische Konzern Areva und seine dunklen Geschäfte in Afrika
von Juan Branco

12 Über Grenzen

Fortsetzung von Seite 1
von Frances Stonor Saunders

14 Wie groß ist Europa?

Zum Selbstverständnis der Union
von Michel Foucher

16 An der schwarzen Donau

Fortsetzung von Seite 1
von Evelyn Pieiller

18 Die große Umarmung

Amma – ein indischer Guru mit globaler Anhängerschaft und besten politischen Beziehungen
von Jean-Baptiste Malet

21 Heilige Schwangerschaft

In Polen kämpfen Kirche und Regierung gegen die Selbstbestimmung der Frauen
von Audrey Lebel

22 Frau sein auf eigenes Risiko

Zum Stand der Gleichberechtigung in den Vereinigten Staaten
von Florence Beaugé

23 Verschwörung mit dem Feind

Edito von Serge Halimi

24 Die zornige Stunde

Comic von Joakim Drescher

Auch zum Hören unter: monde-diplomatique.de

Die nächste Ausgabe erscheint am 8. Dezember



Felicia, 2008, Acrylfarbe und Stoffe auf Dekostoff, 55 x 75 cm

Els ter Horst

Dass die niederländische Künstlerin Els ter Horst auch Buchkünstlerin ist, sieht man ihren Arbeiten sofort an. Sie haben ein stark narratives Element, und beim Betrachten ist man geneigt, sich gleich dazugehörige Geschichten auszudenken. Technisch sind die Arbeiten sehr vielseitig. Malerei und Zeichnung werden häufig mit Collage kombiniert. Oft werden Figuren aus Stoff auf eine gemalte Umgebung gesetzt, manchmal dienen auch bedruckte Stoffe als Hintergrund, was den Arbeiten ein zusätzlich spielerisches Element verleiht. Els ter Horst lebt und arbeitet in Amsterdam. Für das Bildmaterial danken wir der Künstlerin. www.elsterhorst.nl. Ihre Arbeiten sind Mitte November in Berlin auf der artbook-Messe zu sehen. artbookberlin2016.blogspot.de

Wilhelm Werthern

Der Dritte Kolonialismus

von Wladislaw Inosemzew und Alexander Lebedew

Die europäischen Staaten haben über Jahrhunderte ein globales System aufgebaut, das auch als „verwestlichte“ Welt beschrieben wird. Hinter dieser „Revolution der Verwestlichung“¹ stand die militärisch-technische Überlegenheit der Europäer, die ihnen den Zugang zu den entferntesten Weltregionen sicherte und die Eroberung aller Territorien ermöglichte, die sie brauchen konnten.

Der auf *hard power* gestützte direkte Kolonialismus stieß jedoch an ökonomische Grenzen. Er konnte sich halten, solange es dafür „geopolitische“ Gründe gab und der Besitz der überseeischen Territorien den Eroberern wirtschaftliche Vorteile einbrachte, die größer waren als die militärischen und personellen Kosten für die Sicherung der Gebiete.

In den 1950er Jahren wurde zunehmend klar, dass die „Kolonialwaren“, die nur wenige Prozent der Verbrauchsgüter der normalen Engländer oder Franzosen ausmachten, weder die Menschenleben noch die gewaltigen Militärausgaben wert waren, die für die fortgesetzte Kontrolle über Afrika oder Indochina angefallen wären. So kam es zur mehr oder weniger friedlichen weltweiten Entkolonialisierung – mit dem Ergebnis, dass es Mitte der 1970er Jahre mehr als doppelt so viele unabhängige Staaten gab als vor 1914. Der Erste Kolonialismus war von der Erde verschwunden.

Doch die westlichen Länder blieben abhängig von Gütern aus ihrer Peripherie. Obwohl es ihnen gelang, einige davon zu ersetzen – etwa Kautschuk durch synthetisches Gummi –, brauchten sie von dort Produkte wie Erdöl, Erze, Kaffee oder Kakao. Deshalb begann die westliche Welt nach ihrem „organisierten Rückzug“, der bis in die frühen 1980er Jahre andauerte, mit dem Aufbau eines neuen Systems, für das sich der Begriff Neokolonialismus eingebürgert hat.

Dieser von Kwame Nkrumah, dem ersten Präsidenten Ghanas, geprägte Begriff hebt auf zwei wesentliche Merkmale ab: Das eine ist die wirtschaftliche Durchdringung der Dritten Welt durch transnationale Unter-

nehmen, was den neu entstandenen Staaten zwar die dringend benötigten Investitionen und technologischen Innovationen brachte, aber den Aufbau eigener komplexer Strukturen erschwerte. Das zweite ist die finanzielle Geiselnahme vieler Länder durch internationale Banken, die ihnen in den 1970er Jahren – in Zeiten hoher Rohstoffpreise und niedriger Zinsen – viel Geld liehen, das sie in den 1980ern, als sich die Marktbedingungen plötzlich geändert hatten, zurückhaben wollten.

Diese finanzielle Herrschaft des Nordens über den Süden kann man als Zweite Kolonisierung bezeichnen. Sie war zwar weniger blutig als die erste, aber gewiss nicht weniger brutal. Bei beiden Arten des Kolonialismus ging es um Reichtümer und Geld, und es ist schwer zu sagen, welcher von beiden für den Westen einträglicher war.

Im 19. Jahrhundert machte der Handel zwischen den Großmächten und ihren Kolonien etwa 40 Prozent des gesamteuropäischen Handelsvolumens aus – ein erzwungener Austausch, der in den peripheren Territorien viele Probleme verursacht hat. Die ehemaligen Kolonien beziffern den Schaden, der ihnen durch die Kolonisierung der Europäer entstanden sein soll, auf 777 Billionen Dollar.³

Armutsländer in der Schuldenfalle

Aber auch der Zweite Kolonialismus hat sich gelohnt: Obwohl ein Teil der Kredite, die sich bei den ärmsten Ländern, den sogenannten LDCs (*least developed countries*) angesammelt hatten, mehrere Male abgeschrieben wurde, lag die Gesamtsumme, die die Dritte Welt der Ersten Welt schuldet, im Jahr 2000 noch immer bei 1960 Milliarden Dollar. Die an den Norden zurückfließenden Zinsen werden auf netto 220 Milliarden Dollar jährlich geschätzt.⁴

In diesem Fall sahen die Menschen in den Armutsländern selbst – anders als beim Eroberungskolonialismus – die Schuld weniger bei den westlichen Mächten als vielmehr bei ihrer eigenen Obrigkeit.⁵ Das mag zwar berechtigt sein, und doch war auch der neue,

kreditgetriebene Kolonialismus ohne jeden Zweifel von den Machtzentren der Ersten Welt gesteuert.

Dieser Zweite Kolonialismus war das große Thema der 1980er Jahre. Es verlor seinen Reiz, als sich das Wachstum in den Ländern des globalen Südens beschleunigte und viele Millionen Menschen die extreme Armut hinter sich ließen – was vor allem mit dem kompetentem Aufstieg der Wirtschaftsmacht China zu tun hat. Aber seither ist ein neues Phänomen entstanden: der sogenannte Dritte Kolonialismus.

Dessen zerstörerische Wirkung beruht auf raffinierteren Mechanismen als die seiner beiden Vorläufer. Der Erste Kolonialismus wurde mit militärischer Macht, der Zweite mit finanzieller Macht durchgesetzt. Der Dritte Kolonialismus setzt auf die Macht der Verführung. Den allermeisten Ländern der Dritten Welt gelingt es nicht einmal annähernd, einen Lebensstandard zu erreichen, der dem der Ersten Welt entsprechen würde, doch ihre Eliten sind versessen auf einen luxuriösen westlichen Lebensstil.

Da die politischen Verhältnisse in den meisten dieser Länder undemokratisch oder nur teilweise demokratisch sind, leben diese Eliten in der Furcht, ihre angehäuften Reichtümer mit einem Regierungswechsel zu verlieren. Unter den obersten Machthabern, die zumeist durch Korruption zu ihrem Vermögen gekommen sind, würden nur wenige es wagen, ihr Geld im eigenen Land zu parken. Deshalb kaufen immer mehr Reiche dieser Länder teure Immobilien in Europa oder in den USA, sie gründen Offshore-unternehmen, eröffnen geheime Auslandskonten und vieles mehr.

Damit wird Korruption, nachdem sie über Jahrhunderte eine nationale Erscheinung war, zu einem globalen Phänomen, das mit den in den meisten Entwicklungsländern alltäglichen Bestechungspraktiken nicht mehr viel gemein hat. Wir sollten deshalb den Begriff Bestechung für die Korruption an der Basis reservieren, bei der es auch um riesige Summen gehen kann, die aber innerhalb eines Landes angehäuften und ausgegeben werden. Dagegen setzt die internationale Korruption eine en-

ge Verbindung der Eliten bestimmter Länder mit den internationalen Finanzzentren voraus.

Der Dritte Kolonialismus ist auf eine Infrastruktur angewiesen, zu der ein Heer von Anwälten und Beratern an Finanzplätzen wie London, Zürich oder Luxemburg gehört; des Weiteren Privatbanken und Consultingfirmen, die gestohlene Gelder verwalten, sowie staatliche Behörden, die korrupten Politikern und Bürokraten einen sicheren Aufenthaltsstatus verschaffen.

Die Internationale der korrupten Eliten

Dieses neue Empire hat beeindruckende Dimensionen angenommen. Der Nettozufluss von Geldern aus der Dritten in die Erste Welt liegt heute – vorsichtig geschätzt – bei rund 1000 Milliarden Dollar pro Jahr; um die Jahrtausendwende waren es 200 Milliarden.⁶ Korrupte Politiker schleusen Geldströme in die globalen Finanzzentren, die das Vierfache der Summen ausmachen, die ihre Länder in Form von Zinsen an die internationalen Banken zahlen. Gegen diese Praktiken protestiert keine der großen internationalen Organisationen, die für mehr Transparenz auf den Finanzmärkten kämpfen und doch immer nur kleine Schritte wagen.

Die globalen Korruptionsnetze sind die schädlichste Folge der Globalisierung. Diesen Schaden können und müssen die entwickelten Industrieländer selbst beheben. Der Schlüssel für den Kampf gegen die globale Korruption liegt nicht in korrupten Ländern wie China, Ukraine, Brasilien oder Kongo. Er liegt in Europa und in Großbritannien, dort, wo schon die beiden ersten Formen des Kolonialismus ihren Ausgang nahmen.

Die heutige Erste Welt hat ganz bewusst eine neue Finanzarchitektur geschaffen, die es den Herrschern von armen und, noch entscheidender, schlecht regierten Staaten ermöglicht, sich zu Hause zu bereichern, aber im Ausland zu investieren, also sowohl von der im globalen Süden herrschenden Unordnung als auch von der im globalen Norden aufgebauten Ordnung zu profitieren. Unter diesen Umständen

lässt sich die Korruption nicht erfolgreich von unten bekämpfen, wenn ihr nicht zugleich von oben entgegengetreten wird.

Dieses System zementiert die Überlegenheit des Westens über den Rest der Welt mit Methoden, die besser wirken als alle früheren. Allerdings ist diese neue Art des Kolonialismus für Europa viel gefährlicher als alle anderen Formen der Kontrolle überseeischer Besitzungen, denn in dem Maße, in dem die Verschleierung der Korruption zum täglichen Geschäft von zigtausend Europäern geworden ist, sind auch die europäischen Staaten und ihre Regierungen und Bürokratien korrumpiert.

Allein deshalb müssen wir als Europäer diesen neuen Typus des Kolonialismus bekämpfen. Aber es gibt noch zwei weitere, ebenso wichtige Gründe: Zum einen wird der Zustand der Rechtslosigkeit im globalen Süden viel wirksamer zementiert, als es unter den europäischen Statthaltern der Fall war, weil korrupte Praktiken nicht angetastet und lokale Antikorruptionsinitiativen eingeschüchert werden. Zum anderen hat der Dritte Kolonialismus ein internationales Netz korrupter Politiker geschaffen – und damit etwas, was zuvor undenkbar gewesen wäre: ein enges Bündnis zwischen den Kolonialherren der Ersten und der Dritten Welt. Es gibt also genug Gründe, dass sich alle Menschen guten Willens, im Norden wie im Süden, diesem neuen Kolonialismus widersetzen.

¹ Siehe Theodore H. von Laue, „The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective“, Oxford, New York (Oxford University Press) 1987.

² Kwame Nkrumah, „Neo-colonialism, the Last Stage of Imperialism“, London (Panaf Books) 1969.

³ African World Reparations and Repatriation Truth Commission, Bericht von 1999.

⁴ Pierre Gottiniaux u. a., „World Debt Figures 2015“, S. 35.

⁵ Bericht der Commission for Africa „Our Common Interest: An Argument“, London (Penguin Books) 2005.

⁶ Siehe Laurence Cockcroft, „Global Corruption. Money, Power, and Ethics in the Modern World“, Philadelphia (University of Pennsylvania Press) 2012, S. 137.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Alexander Lebedew ist Herausgeber der Moskauer Zeitung *Nowaja Gaseta* und der Londoner Onlinezeitung *The Independent*. Wladislaw Inosemzew ist derzeit Fellow der Austrian Marshall Plan Foundation in Wien. © Le Monde diplomatique, Berlin